



ANTRAG
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich
am 27.11.2014

Wien, 05.11.2014

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- **Abschaffung der Grundumlage im Mutterschutz und in der Karenz**
- **Rechtsanspruch für selbstständige Frauen auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Jahr**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Österreich und Europa eine äußerst wichtige Herausforderung der österreichischen Politik. Nur durch entsprechende Rahmenbedingungen kann eine Balance zwischen Familie und Beruf erreicht werden.

Besonders für selbstständige Frauen ist es notwendig, dass geeignete Rahmenbedingungen vor Ort gegeben sind. So führt fehlende Unterstützung zu einem Berufsausfall von z. T. mehreren Jahren. Ein nicht mehr aufholbarer "Karriereknick" und ein geringeres Einkommen gegenüber Männern ist regelmäßig die Konsequenz daraus.

Rund 40% aller Spartenmitglieder sind Frauen, die dringend Förderung und Unterstützung sowie faire Rahmenbedingungen brauchen. Daher fordert der SWV die Abschaffung der Grundumlage im Mutterschutz und in der Karenz. Darüber hinaus muss es einen Rechtsanspruch für selbstständige Frauen auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Jahr geben.

Der SWV stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen des Wirtschaftsparlaments ein, ihn zu unterstützen:

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich setzt unverzüglich die Abschaffung der Grundumlage im Mutterschutz und in der Karenz um. Darüber hinaus wird die WKO aufgefordert, sich intensiv für einen Rechtsanspruch für selbstständige Frauen auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Jahr einzusetzen.



Abg. z. NR Dr. Christoph Matznetter
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Katarina Pokorny
*Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich*



KommR Bmstr. Baurat h.c. Dipl. Ing. Alexander Safferthal
*Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich*